

An der Menschenwürde festhalten!
Erklärung der Lippischen Landessynode zur Flüchtlingspolitik
(beschlossen am 12.06.2026)

Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde (1. Mose 1,27)

*Jesus Christus sagt: „Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen.“
(Matthäus 25,35)*

Im Glauben daran, dass Gott alle Menschen frei und gleich als Gottes Geschöpfe und Gottes Ebenbilder geschaffen hat,

im Bekenntnis zu Jesus Christus, der sich insbesondere mit den schutz- und hilfebedürftigen sowie mit den entrechteten Menschen dieser Welt identifiziert

und im Blick auf aktuellen Diskussionen und Entwicklungen

bekräftigt die Lippische Landessynode die unbedingte Orientierung an der Würde des Menschen und den Menschenrechten insgesamt, auch in Fragen von Flucht und Migration.

Darum

- halten wir daran fest, dass es rechtmäßig ist, „in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen“ (Art 14 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte). Wir kritisieren, wenn durch die irreführende Verwendung des Begriffs „illegale Migration“ Flucht kriminalisiert wird.
- bekräftigen wir: Das Recht auf Asyl muss in Deutschland und in Europa gewahrt werden. Mit großer Sorge sehen wir, dass der Flüchtlingsschutz durch verschiedene Gesetzesvorhaben und administrative Maßnahmen immer weiter ausgehöhlt wird.
- erklären wir: Bei der Umsetzung der Reformen zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) müssen die humanitären Spielräume genutzt werden. Eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer darf es nicht geben.
- fordern wir die Wiederaufnahme von humanitären Aufnahmeprogrammen, die gerade besonders schutzbedürftigen Personengruppen helfen können.
- stellen wir fest, dass dem grundgesetzlich verankerten Schutz der Familie besondere Beachtung zu schenken ist. Die Bedarfe von Frauen und besonders schutzbedürftigen Personen müssen in allen Teilen des Asylverfahrens berücksichtigt werden.
- kritisieren wir illegale Pushbacks an den Außengrenzen der EU sowie Zurückweisungen von Schutzsuchenden auch an den Binnengrenzen. Die Menschenrechte müssen auch dort geschützt werden, eine staatliche oder überstaatliche Seenotrettung auf dem Mittelmeer muss aufgebaut werden.

- fordern wir die auskömmliche staatliche Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten und eine ausreichende Förderung der Beratung und Begleitung von Geflüchteten durch diakonische und andere zivilgesellschaftliche Organisationen.
- danken wir allen Haupt- und Ehrenamtlichen in Kirchen, diakonischen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft für ihren Einsatz für geflüchtete Menschen. Wir ermutigen und unterstützen dabei Kirchengemeinden, weiterhin in humanitären Notsituationen Kirchenasyl zu gewähren.
- erinnern wir daran, dass die politischen und wirtschaftlichen Ursachen von Flucht und Vertreibung gerade auch durch international gerechte Teilhabe an der Wertschöpfung bekämpft werden müssen. Eine Kürzung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit ist demgegenüber gerade besonders schädlich.
- setzen wir uns für Klimagerechtigkeit ein, auch um Fluchtursachen zu bekämpfen.
- stellen wir uns vor Menschen, die aufgrund ihrer eigenen Fluchtgeschichte oder ihres Engagements für Geflüchtete angefeindet werden.“
- bleibt unsere Unterstützung nicht bei Worten stehen. Wir setzen uns aktiv für Geflüchtete ein – als Menschen mit derselben Würde und auch als Mitglieder unserer kirchlichen Gemeinschaft.